



Jahrbuch für Wirtschaftsprüfung, Interne Revision und Unternehmensberatung 2010

Herausgegeben von
Prof. (em.) Dr. Prof. h.c. Dr. h.c. Wolfgang Lück
Wirtschaftsprüfer

Oldenbourg Verlag München

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über [<http://dnb.d-nb.de>](http://dnb.d-nb.de) abrufbar.

© 2010 Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH
Rosenheimer Straße 145, D-81671 München
Telefon: (089) 45051-0
oldenbourg.de

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Lektorat: Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, wiso@oldenbourg.de
Herstellung: Anna Grosser
Coverentwurf: Kochan & Partner, München
Cover-Bild: iStockphoto.de
Gedruckt auf säure- und chlorfreiem Papier
Gesamtherstellung: Grafik + Druck GmbH, München

ISBN 978-3-486-59160-6

Vorwort des Herausgebers

Nichts in der Welt ist so gefürchtet
wie der Einfluss von Männern, die
geistig unabhängig sind.

Albert Einstein

Der Herausgeber hatte nach intensiven Diskussionen mit zahlreichen Praktikern und Wissenschaftlern über die Vor- und Nachteile der deutschen betriebswirtschaftlichen Literaturlandschaft die Idee, ein Jahrbuch für Wirtschaftsprüfung, Interne Revision und Unternehmensberatung zu veröffentlichen. Das Konzept dieses Jahrbuchs ist in Fachkreisen sehr positiv aufgenommen worden. Jährlich werden Beiträge von grundsätzlicher und aktueller Bedeutung für die Wissenschaft und für die Praxis veröffentlicht.

Diese Veröffentlichungen sollen Informationen und Lösungsvorschläge zu den Fragen und Problemen der betriebswirtschaftlichen Disziplinen liefern und Entwicklungstendenzen aufzeigen. Die fachbezogenen Themen werden durch fächerübergreifende Beiträge ergänzt.

Das Jahrbuch ist unabhängig, das heißt, es ist weder Organisationen, Vereinen, Instanzen oder Institutionen verpflichtet. Eine Verpflichtung besteht gegenüber der Wissenschaft.

Das Jahrbuch ist nicht nur für Fachleute geschrieben, sondern auch für Studenten, Auszubildende und Schüler der verschiedensten Fachrichtungen – und nicht zuletzt für Politiker.

Die Autoren des Jahrbuchs 2010 haben gerne ihre Mitarbeit zugesagt, wofür ich mich herzlich bedanke. Für die Mitarbeit am Jahrbuch 2011 haben sich ebenfalls namhafte Autoren bereiterklärt.

Ich danke dem Oldenbourg Wissenschaftsverlag und insbesondere Herrn Dr. Jürgen Schechler für die Unterstützung und für die verständnisvolle und harmonische Zusammenarbeit.

München und Weimar im Januar 2010

Wolfgang Lück

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
 Das Zerrbild vom Neoliberalismus und der Sozialen Marktwirtschaft	1
Prof. Dr. Helmut Leipold Universität Marburg	
 Die globale Krise und Anforderungen an eine nachhaltige Unternehmensführung	17
Prof. Dr. Burkhard Schwenker Vorsitzender der Geschäftsführung Roland Berger Strategy Consultants Holding GmbH, Hamburg	
 Der Corporate Governance Kodex für Alle? Ein Modell der Zukunft am Beispiel der selbständigen gemeinnützigen Stiftung des Privatrechts	27
Dr. jur. Nina Christiane Lück Technische Universität Dresden	
 Wirtschaftskriminalität – Die Herausforderungen an den Wirtschaftsprüfer in der Wirtschaftskrise	43
WP StB Klaus Fischer RA Michael Hummelt Deloitte & Touche GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Düsseldorf	
 Aufdeckung von Korruptionsdelikten durch den Abschlussprüfer	59
Prof. Dr. Dr. h.c. Jörg Baetge Forschungsteam Baetge, Universität Münster Dr. Thorsten Melcher Rölfs WP Partner AG, Köln	

**Zusammenarbeit von Aufsichtsrat, Vorstand und Abschlussprüfer
in Zeiten der Unternehmenskrise – Änderungen durch das BilMoG
und das VorstAG** **81**

WP StB Prof. Dr. Peter Wollmert
WP StB Dr. Norbert Roß
Ernst & Young GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft,
Stuttgart

MaRisk und Risikoberichterstattung bei Versicherungsunternehmen **95**

RA WP StB Prof. Dr. Jochen Axer
WP StB Dr. Alexander Basting
Axer Partnerschaft, Rechtsanwälte Wirtschaftsprüfer Steuerberater,
Köln

**Latente Steuern nach dem Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz
(BilMoG)** **113**

WP StB Matthias Walz
PricewaterhouseCoopers AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft,
Stuttgart

Compliance in der Internen Revision **129**

Dr. Thomas Knoll
Henning Bosse
Deutsche Telekom AG,
Bonn

**Risk Control Assurance:
Die Rolle der Internen Revision** **149**

Prof. T. Flemming Ruud, PhD, WP (N)
Dr. oec. HSG Michèle Rüdissler
Daniela Schmitz, H.C. oec.publ.,
Universität Zürich

**Umsetzung des Artikels 41 der 8. EU-Richtlinie in den
EU-Mitgliedstaaten – Internationaler Vergleich und
Implikationen für die Interne Revision** **159**

Wissenschaftlicher Beirat des Deutschen Instituts für Interne Revision:

Prof. Dr. Anne d'Arcy, Universität Lausanne

Prof. Ulrich Bantleon, Duale Hochschule Baden-Württemberg
Villingen-Schwenningen

Prof. Dr. Alexander Bassen, Universität Hamburg

Prof. Dr. Anja Hücke, Universität Rostock

Prof. Dr. Annette Köhler, Universität Duisburg-Essen

Prof. Dr. Burkhard Pedell, Universität Stuttgart

**Qualitätscontrolling in Geschäftsprozessen bei
Finanzdienstleistungsinstituten** **169**

Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Horst Wildemann
Technische Universität München

**Nachhaltigkeit in der Implementierung von Strategien
und Verbesserungsprogrammen** **185**

Dr. Udo Jung
The Boston Consulting Group, Frankfurt

**Coopetition – Kooperationsstrategie für den Mittelstand
Neues Wettbewerbsmodell für Wirtschaftsprüfer, Steuerberater
und Rechtsanwälte** **195**

Prof. Dr. Michael Henke,
European Business School (EBS), Wiesbaden

WP Prof. (em.) Dr. Prof. h. c. Dr. h. c. Wolfgang Lück
Technische Universität München

Autorenverzeichnis **205**

Das Zerrbild vom Neoliberalismus und der Sozialen Marktwirtschaft

Prof. Dr. Helmut Leipold

1	Einleitung: Einige Schlaglichter zur aktuellen Neoliberalismuskritik	1
2	Die neoliberale Diagnose der Gesellschafts- und Wirtschaftskrise	3
2.1	Die Diagnose von Walter Eucken und Alexander Rüstow	3
2.2	Die Diagnose von Wilhelm Röpke	6
2.3	Die Diagnose von Alfred Müller-Armack	7
3	Konzeptionelle Schlussfolgerungen aus der Krisendiagnose	9
3.1	Die neue Symbiose zwischen Staat und Markt	9
3.2	Das Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft	10
4	Zur aktuellen Relevanz des neoliberalen Forschungsprogramms	13
	Literaturhinweise	15

1 Einleitung: Einige Schlaglichter zur aktuellen Neoliberalismuskritik

Der Neoliberalismus ist in jüngster Zeit weltweit zunehmend in Verruf geraten. Er wird von Politikern sowohl linker als auch wertkonservativer Provenienz, von Intellektuellen und Kirchenvertretern und von einem breiten Teil der Bevölkerung als eigentlicher Sündenbock der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise ausgemacht. Schlaglichtartig formuliert, wird er für die ungezügelte Profitgier der Manager, für die weltweit entfesselnde Macht der Finanz- und Gütermärkte, für die zunehmende Ökonomisierung aller Lebensbereiche, damit für die sich ausweitende Ungleichheit zwischen Reich und Arm und die zunehmende Erosion sozialer und ökologischer Standards verantwortlich gemacht.¹ Obwohl diese Schuldzuweisung eine

¹ Zu geläufigen Kritikpunkten am Neoliberalismus vgl. Butterwege, Lösch und Ptak (2008).

längere Tradition hat, überrascht doch ihre verbreitete Akzeptanz gerade in Deutschland. Denn hier erfreute sich der Neo- oder Ordoliberalismus als geistiger Wegbereiter der Sozialen Marktwirtschaft in der Nachkriegszeit des Wirtschaftswunders einer breiten Wertschätzung in Politik und Gesellschaft. Wenn auch der Einfluss der ordnungspolitischen Prinzipien auf die praktische Wirtschafts- und Sozialpolitik seit Mitte der 1960er Jahre an Bedeutung verloren hat, behielt das Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft dennoch einen hohen Akzeptanzwert. Der aktuell beobachtbare Meinungsumschwung lässt sich deshalb nur durch ein verzerrtes Verständnis des Neoliberalismus erklären, das ihn mit seiner angloamerikanischen Variante identifiziert.² Als einflussreichster Repräsentant dieser Variante gelten Milton Friedman und die weiteren Vertreter der Chicago-Schule. Deren neoliberale Programm lässt sich stichwortartig mit den wirtschaftspolitischen Postulaten der Liberalisierung, Deregulierung, Privatisierung und Stabilisierung charakterisieren. Liberalisierung steht für den Abbau von Handelsschranken und den freien Verkehr und Austausch von Gütern und Kapital, Deregulierung für die Beseitigung von Marktzutrittsschranken und Sonderregelungen für spezifische Branchen, damit für die Öffnung von Märkten, Privatisierung für die Überführung öffentlich-staatlicher Unternehmen in Privateigentum und Stabilisierung für das Postulat eines stabilen Geldwertes durch die Geldpolitik und ausgeglichener Staatsbudgets durch die Begrenzung der Staatsverschuldung. Diese Postulate, die in den frühen 1980er Jahren in systematischer Form zuerst in den USA („Reagonomics“) und in Großbritannien („Thatcherismus“), danach dann in industriell aufstrebenden Ländern sowie in den sozialistischen Transformationsländern umgesetzt wurden, bildeten den Anstoß und zugleich das Leitbild für die rasante Entfaltung der weltweiten Verflechtung der Güter- und Kapitalmärkte.

Die mit der Globalisierung verbundenen oder befürchteten wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen und kulturellen Folgewirkungen mussten eine kritische Gegenbewegung auf den Plan rufen, die ihre Einwände und Forderungen mehr oder weniger lautstark in den Medien zum Ausdruck brachte. Der engere Kreis der Globalisierungskritiker blieb jedoch begrenzt. Mit dem Beginn der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise haben sich die Verhältnisse dramatisch verändert. Die aktuelle Kritik am Neoliberalismus nahm nahtlos die früher formulierten Kritikpunkte auf und versteht sich als Fortsetzung der Globalisierungskritik mit leicht modifizierten Argumenten. Auffallend ist die Gleichheit der Schlagworte, mit denen die Kritik vorgetragen wird. Hier wie dort ist die Rede vom Marktradikalismus, vom Turbo- oder Kasinokapitalismus, von der Abzockermentalität der Bankmanager, vom ruinösen Wettbewerb der Staaten und Standorte um Direktinvestitionen, wodurch der Abbau sozialer Leistungen, der Steuereinnahmen, der Löhne und der ökologischen Standards begünstigt, ja erzwungen werde und die Regierungen zum reinen Handlanger der Großkonzerne und der spekulativen Kapitalinteressen degenerierten. Schließlich ist die Rede von der Ökonomisierung aller Lebensbereiche und damit von deren zunehmender Amerikanisierung oder „Mc-Donaldisierung“. Wie ange-

² Zu den Unterschieden zwischen dem Neoliberalismus deutscher und angloamerikanischer bzw. österreichischer Prägung vgl. Renner (2000).

deutet, wird der Neoliberalismus hier wie dort als der eigentliche Sündenbock ausgemacht. Er gilt als modernistische Variante des Laissez-faire-Systems des 19. Jahrhunderts, und das Präfix „neo“ steht in abwertender Form für den Marktradikalismus.

Dieses verzerrte Verständnis soll in den folgenden Ausführungen korrigiert werden. Es wird dem geistigen Anliegen zumindest des Neoliberalismus deutscher Prägung in keiner Weise gerecht, ihn undifferenziert in die gleiche Schublade wie seine angloamerikanische Variante zu stecken. Deshalb soll in Kapitel 2. zunächst der Entstehungszusammenhang des Neoliberalismus im Gefolge der tiefgreifenden Gesellschafts- und Wirtschaftskrise der frühen 1930er Jahre dargestellt werden. Am Anfang der neoliberalen Neubesinnung steht bei den führenden Repräsentanten eine umfassende Diagnose der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fehlentwicklungen der damaligen Zeit, die bemerkenswerte und oft vergessene Gemeinsamkeiten mit der aktuellen Krisendiagnose aufweist. Im Unterschied zu den eher wirren Reformvorschlägen der Liberalismuskritiker haben die neoliberalen Gründungsväter mit dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ein konsistentes wirtschafts- und sozialpolitisches Reformkonzept präsentiert, das in Kapitel 3 vorgestellt und kurz bewertet wird. Abschließend soll in Kapitel 4 die aktuelle Relevanz des neoliberalen Forschungsprogramms thematisiert werden.

2 Die neoliberale Diagnose der Gesellschafts- und Wirtschaftskrise

2.1 Die Diagnose von Walter Eucken und Alexander Rüstow

Die auslösenden Momente der neoliberalen Neubesinnung bildeten die Weltwirtschaftskrise und die damit verbundene Krise der Weimarer Demokratie. Anfang der 1930er Jahre standen Deutschland wie auch die anderen westlichen Länder unter dem Schock der Wirtschaftskrise. Der Börsenkrach von 1929 führte zuerst zur Bankenkrise und dann zur lang andauernden realwirtschaftlichen Depression. Die Aktienmärkte verloren zwischen September 1929 und Juni 1932 85 Prozent ihres Anfangswertes. Im gleichen Zeitraum schrumpfte das Weltsozialprodukt um ca. 40 Prozent. Dadurch wuchs die Zahl der registrierten Arbeitslosen Anfang 1932 in Deutschland auf 6,1 Millionen, von denen die meisten Betroffenen keine Ansprüche auf Arbeitslosenunterstützung hatten. Die damit einhergehende Verarmung breiter Bevölkerungskreise bildete einen fruchtbaren Nährboden für das Aufkommen totalitärer Parteien, zumal sich die nationalen Regierungen und Notenbanken nicht auf eine koordinierte Stabilisierungspolitik einigen konnten. Die Wirtschaftskrise drohte sich also zu einer Staats- und Gesellschaftskrise auszu-

weiten. Gerade diese Gefährdung war den liberalen Ökonomen bewusst. Bereits im Jahre 1930 hat Röpke in seinem Aufruf an seine niedersächsischen Mitbürger das Schreckensbild vom wirtschaftlichen Elend und zivilisatorischer Barbarei an die Wand gemalt, falls die Nationalsozialisten oder die Kommunisten zur politischen Herrschaft gelangen würden.³ Bekanntlich sollte sich diese Prophezie im Jahre 1933 bewahrheiten. Jedenfalls war seitens der liberalen Ökonomen die Notwendigkeit für ein Umdenken tradierter wirtschaftlicher Theoreme und Konzepte eine zentrale Herausforderung ihrer Zeit, der sie sich stellen mussten und auch zügig stellten.

Am Anfang der liberalen Neubesinnung stehen zwei Texte, die später häufig als Gründungsmanifeste des Neo- oder Ordoliberalismus bezeichnet worden sind.⁴ Der erste ist der Diskussionsbeitrag von Rüstow auf der Tagung des Vereins für Socialpolitik im Jahre 1932 in Dresden, der später unter verschiedenen Titeln nachgedruckt wurde.⁵ Für Rüstow war der Weimarer Staat ein ohnmächtiger Staat. Er war nicht Subjekt des Staatswillens, sondern Objekt und Beute organisierter Interessengruppen. Mit Bezug zu C. Schmitt geißelte Rüstow den politischen Einfluss mächtiger Industrieverbände und deren erfolgreiches Streben, im Wege der Kartellisierung der Märkte machtbedingte Profite abzusichern. Zugleich entwarf er die neue liberale Vision: „Der neue Liberalismus jedenfalls, der heute vertretbar ist und den ich mit meinen Freunden vertrete, fordert einen starken Staat, einen Staat oberhalb der Wirtschaft, oberhalb der Interessenten, da, wo er hingehört.“⁶ Dazu sei es nötig, dass sich der Staat aus den Verstrickungen mit den organisierten Wirtschaftsinteressen herauslöse und sich in seinen wirtschaftspolitischen Interventionen beschränke. Getragen von dieser Vision eines neuen Liberalismus hat Rüstow auf einem Internationalen Symposion im Jahre 1938 in Paris den Begriff des Neoliberalismus geprägt. In Deutschland hat sich die Bezeichnung Ordoliberalismus seit 1950 als synonyme Begriff in Anspielung an das von Eucken initiierte Jahrbuch *ORDO* herausgebildet, nicht zuletzt weil weder Eucken noch Röpke den Begriff Neoliberalismus schätzten. Wie Röpke anmerkt,⁷ habe er den Ausdruck Neoliberalismus stets mit einem gewissen Unbehagen benutzt, weil er lediglich eine Neuformulierung alter Ideen in zeitgemäße Formen suggeriere. Das eigentliche Anliegen der liberalen Neubesinnung sei jedoch viel umfassender gewesen und habe in einer fundamentalen Gesellschafts- und Kulturkritik bestanden, die primär eine Abrechnung mit überholten liberalen Dogmen des 19. Jahrhunderts intendierte. Gerade für die aktuelle Neoliberalismuskritik ist diese Intention in Erinnerung zu rufen.

Das zweite Gründungsmanifest hat Eucken mit seinem Aufsatz „Staatliche Strukturwandlungen und die Krisis des Kapitalismus“ beigesteuert.⁸ Eucken diagnosti-

³ Röpke (1959), S. 84 ff.

⁴ Haselbach (1991), S. 25 ff.

⁵ Rüstow (1963b).

⁶ Rüstow (1963b), S. 258.

⁷ Röpke (1950), S. 151.

⁸ Eucken (1932), S. 305 ff.

zierte darin zwei Ursachen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Krise: erstens den Wandel des liberalen Rechtsstaates hin zum Wirtschaftsstaat, der in der Fesselung des Staates durch private Interessengruppen gipfele, und zweitens den „Zusammenbruch der überkommenen Lebensordnung“, dessen tiefere Ursache er in Übereinstimmung mit der Diagnose seines Vaters Rudolf in der modernen industriell-kapitalistischen Wirtschaftsform verortete. Im Unterschied zu der von seinem Vater propagierten Lösung, im Wege einer Stärkung der geistigen Wertewelt gegenüber materiellen Werten eine neue Lebensordnung zu schaffen, sah Eucken die Lösung im Umbau der Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung. Damit die Nationalökonomie dazu einen Beitrag leisten könne, sei eine systematische Analyse und Vergleichung alternativer Wirtschaftsordnungen erforderlich, womit er das Forschungsprogramm der ökonomischen Ordnungstheorie begründete. An deren Anfang steht die Analyse der Marktwirtschaft (Verkehrswirtschaft) und der Zentralverwaltungswirtschaft als die beiden grundlegenden Wirtschaftssysteme. Gemessen an den Werten der individuellen Freiheit und des wirtschaftlichen Wohlstandes als materielle Basis für die Lösung der sozialen Frage, bewertete Eucken die Marktwirtschaft als überlegene Option. Im nächsten Schritt unterzog er dann die verschiedenen Ordnungsmodelle der Marktwirtschaft einer kritischen Überprüfung. Als Grundformen wurden erstens die freie, weitgehend unregulierte Marktwirtschaft nach dem tradierten Muster der Laissez-faire-Wirtschaft, zweitens die von einer Politik der Experimente staatlich gelenkte Marktwirtschaft nach dem Weimarer Muster seiner Zeit und schließlich drittens die neu zu schaffende wettbewerbslich geordnete Marktwirtschaft unterschieden und analysiert. Dabei wurde anhand historischer Erfahrungen belegt, dass das erste Modell zur Vermachtung der Märkte und zu sozialen Verwerfungen, das zweite Modell zur Indiennahme und Fesselung der Politik zugunsten mächtiger organisierter Wirtschaftsinteressen tendieren, weshalb Eucken in der staatlich geordneten Wettbewerbswirtschaft die beste Option für eine produktive und leistungsgerechte Wirtschaftsordnung erkannte. Für deren konkrete Ausgestaltung hat er ein Bündel von ordnungspolitischen Prinzipien postuliert, die den eigentlichen, bis heute aktuellen Grundgedanken des Neo- oder Ordoliberalismus deutscher Prägung ausmachen und auf die noch einzugehen sein wird.

In den Gründungsmanifesten ist also bereits das neoliberale Forschungsprogramm vorgezeichnet. Zum einen mussten die wirtschaftspolitischen Aufgaben des Staates in einer Marktwirtschaft neu bestimmt werden. Zum anderen war eine umfassende Diagnose der gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Fehlentwicklungen der Weimarer Tragödie und damit der modernen Gesellschafts- und Wertekrise gefragt. Dazu haben neben Eucken vor allem Röpke und Müller-Armack in den 1940er und 1950er Jahren die maßgeblichen Arbeiten beige-steuert. Deren Diagnose der Gesellschafts- und Wirtschaftskrise sei im Folgenden in der gebotenen Kürze zusammengefasst.

2.2 Die Diagnose von Wilhelm Röpke

Röpke hat seine Kultur- und Gesellschaftskritik während seines Exils in der Türkei von 1933-37 und danach in der Schweiz in den 1942 und 1944 erschienenen Büchern „Die Gesellschaftskrise der Gegenwart“ und „Civitas humana“ formuliert und durch das 1958 veröffentlichte Buch „Jenseits von Angebot und Nachfrage“ abgerundet. Sein Talent als eloquenter und kompetenter Gesellschaftstheoretiker wird bereits in seinem Aufsatz „Epochenwende“ deutlich, den er als Vortrag im Februar 1933 eine Woche nach der nationalsozialistischen Machtergreifung in Frankfurt gehalten hat.⁹ Dabei stellte er bereits fest, dass die Gesellschaftskrise Ausdruck einer geistig-moralischen Krise sei. Im Einklang mit anderen liberalen Denkern sieht er die tiefere Ursache in der irreligiösen Säkularisierung der europäischen Kultur. Gut zwei Jahrzehnte später hat Röpke diese Einsicht noch einmal in aller Deutlichkeit dahingehend wiederholt, dass der tiefste Sitz für die Krankheit unserer Kultur in der geistig religiösen Krise liege, die aus dem selbstherrlichen Vorhaben der Menschen resultiere, ohne Gott auszukommen und an dessen Stelle den Menschen, die Wissenschaft, die Ökonomie und Technik und vor allem den Staat zu setzen.¹⁰ Da der Mensch jedoch nicht in einem religiösen Vakuum leben könne, klammere er sich an Ersatzreligionen, an Ideologien, die auf die mediokeren Bedürfnisse und Emotionen der Massen zugeschnitten seien. Den Begriff der Vermassung hat Röpke von Ortega y Gasset entlehnt. Vermassung war für Röpke gleichbedeutend mit der Auflösung gewachsener Bindungen und Werte und damit mit Individualisierung, Anonymisierung und Orientierungslosigkeit. Die Unterschiede zwischen der traditionellen Gesellschaft, in der sich die Menschen auf intakte Gemeinschaften der Familie, der Gemeinden, der Kirchen und des Arbeitslebens stützen konnten, und der modernen Massengesellschaft malte Röpke mit grellen Farben an die Wand: „An die Stelle der echten Integration durch wirkliche Gemeinschaft, die das Band der Nähe, die Natürlichkeit des Ursprungs und die Wärme der unmittelbaren menschlichen Beziehung braucht, ist die Pseudointegration durch Markt, Konkurrenz, zentrale Organisation, äußere Zusammenpferchung, Stimmzettel, Polizei, Gesetz, Massenversorgung, Massenvergnügen, Massenemotionalen und Massenbildung getreten, eine Pseudointegration, die dann im kollektivistischen Staate ihre äußerste Steigerung erfährt.“¹¹ Auf die Details des Bildes, das Röpke von der modernen Massengesellschaft zeichnet, kann hier nicht eingegangen werden.

Zwei Punkte seien jedoch erwähnt. Als das allerernsteste Krisensymptom wertete Röpke den Verfall der Familie als der natürlichsten Gemeinschaftszelle. Die Ehe sei zur Konsum- und Vergnügungsgemeinschaft degeneriert, die unter dem Vorbehalt der stetigen Aufkündigung stehe. Auch die Wirtschaftskrise interpretierte Röpke als Widerspiegelung der geistig-moralischen Krise, wenngleich er auch hausgemachte Fehler der Wirtschafts- und Geldpolitik konzidiert. Als Symptome

⁹ Röpke (1962).

¹⁰ Röpke (1958), S. 25.

¹¹ Röpke (1942), S.24.

des Wertezerfalls nannte er die Auswüchse der monopolistischen Bereicherung, der erpresserischen Interessenpolitik, der spekulativen Übertreibungen im Börsensystem und die illegalen Geschäftspraktiken auf vielen Einzelmärkten. Für diese Entartungen machte er den dogmatischen Liberalismus in Gestalt des Laissez-faire-Liberalismus bzw. des Ökonomismus mitverantwortlich, dem er Soziologieblindheit vorwarf. Blind sei er deshalb, weil er die moralischen Voraussetzungen der Marktwirtschaft übersehen und die Selbststeuerungsfähigkeit der Märkte überschätzt habe. Die Marktwirtschaft sei kein Naturgewächs, sondern ein fragiles Kunstprodukt der Zivilisation.¹² Die Marktwirtschaft sei auch keine Erziehungsanstalt, die das moralische Verhalten befördere, wie es etwa J.B. Say unterstellte. Markt und Wettbewerb erzeugten nicht die für ihr Funktionieren notwendigen moralischen Reserven, sondern setzten sie voraus und verzehrten sie. Die Menschen müssten also diese Werte mitbringen, wenn sie auf den Markt gehen und sich im Wettbewerb messen. Familie, Kirche, echte Gemeinschaften und gewachsene Überlieferungen müssten sie damit ausstatten.

Röpke plädiert methodisch für einen soziologischen Liberalismus.¹³ Bei diesem Vorhaben ist er sich mit Rüstow einig, von dem er den Vorwurf der Soziologieblindheit des Liberalismus übernahm. Rüstow bewertet den Mechanismus der „unsichtbaren Hand“ von Adam Smith als pseudotheologische Vorstellung über das geheime Walten der göttlichen Vernunft und spricht von einer „Numinosierung“ der Marktgesetze.¹⁴ Die Gesellschafts- und Kulturkritik von Röpke weist ungeachtet der gebrauchten Begrifflichkeiten bemerkenswerte Gemeinsamkeiten mit der aktuellen Neoliberalismuskritik auf. Die Kritik an der Entfesselung der Marktkräfte, der Ökonomisierung der Gesellschaft und der Auflösung gewachsener kultureller und regionalen Bindungen und Werte findet in der Kritik von Röpke an der Vermassung und der Auflösung tradierter Wertgemeinschaften ihr Pendant. Freilich unterscheiden sich die konzeptionellen Folgerungen für die Krisenlösung, was in Kapitel 3 erläutert wird.

2.3 Die Diagnose von Alfred Müller-Armack

Müller-Armack hat seine historisch weit ausholende Diagnose der modernen Gesellschaftskrise in seinen 1948 und 1949 erschienenen Büchern „Das Jahrhundert ohne Gott. Zur Kulturosoziologie unserer Zeit“ und noch intensiver und gebündelter in seiner „Diagnose unserer Gegenwart. Zur Bestimmung unseres geistesgeschichtlichen Standorts“ beschrieben. Beide Bücher bauen auf den religionssoziologischen Studien der 1940er Jahre auf und schreiben die 1941 erschienene „Genealogie der Wirtschaftsstile“, die mit dem 18. Jahrhundert abschließt, für das 19. und 20. Jahrhundert fort. Während in den religionssoziologischen Studien der Zusammenhang zwischen Religion und wirtschaftlicher Entwicklung interes-

¹² Röpke (1942), S. 87.

¹³ Röpke (1944), S. 51.

¹⁴ Rüstow (1950).

siert, richtet sich in den späteren Arbeiten das Interesse auf das Wechselspiel zwischen Religion und kultureller Lebenswelt. Er betreibt also Religionssoziologie als Kulturosoziologie. Als methodischen Ansatz bedient er sich der Stillehre, um die Einheit der verschiedenen Erscheinungen einzelner Lebenswelten erfassen zu können. Von dieser Idee der Einheit ist auch sein Menschenbild geprägt, das maßgeblich von der philosophischen Anthropologie beeinflusst wurde, wie sie Plessner und Scheler entwickelt haben.

Nach Müller-Armack zeichnet sich der Mensch durch die dialektische Einheit von Trieb und Geist, von geschichtlicher Gebundenheit und Freiheit sowie von Immanenz und Transzendenz aus. Dieses Menschenverständnis ist also eine Absage an enge disziplinspezifische Menschenbilder wie z. B. den Homo Oeconomicus. Wichtig für das Verständnis seiner Diagnose ist die Annahme, dass der Mensch ein transzendenzgebundenes Wesen sei, das ein natürliches Religionsbedürfnis habe. Einzelne könnten zwar der Religion absagen, ihrer natürlichen Veranlagung jedoch nicht entkommen, denn, ob im Glauben oder Nichtglauben, führe der Mensch sein Leben stets mit Blick auf die Transzendenz.¹⁵ Deshalb sei auch die Säkularisierung an den Glauben gebunden. Die Säkularisierung, deren geistiger Samen in Gestalt säkularer Weltanschauungen im 19. Jahrhundert gesät und dessen Früchte im 20. Jahrhundert in Gestalt des Wertezerfalls, der Idolbildung und der totalitären Herrschaftssysteme geerntet wurden, hält Müller-Armack für das Grundübel der Gesellschaftskrise. Die säkularen Weltanschauungen verführten Menschen dazu, religiöse Werte durch profane und materielle Werte zu ersetzen und diese als Ersatz zu vergöttern. Dieser Ersatz mache die Essenz der Idolbildung aus, in der das eigentliche Verhängnis der Säkularisierung bestehe. Denn die Idole wechselten und versprächen stets mehr, als sie leisten könnten. Sie könnten Massen begeistern, endeten jedoch im Hedonismus und Nihilismus, mithin im Wertezerfall. Als die bedenklichsten Auswüchse der säkularen Verirrungen wertete Müller-Armack die kollektivistische Klassenideologie des Marxismus und die Rassentheorie des Nationalsozialismus. Insgesamt interpretierte er die Vermassung und den damit einhergehenden Wertezerfall als Korrelat der seelischen Säkularisierung und nicht der wirtschaftlich-technischen Entwicklung. Die Säkularisierung und deren verhängnisvolle Folgen seien kein spezifisch deutsches, sondern ein gesamteuropäisches Problem, ja das Problem der Moderne schlechthin. Den Gefährdungen könne nur durch die Wiederverwurzelung geistig-moralischer Werte begegnet werden. Auf die Maßnahmen, die Müller-Armack dazu vorgeschlagen hat und die er als einen wesentlichen Bestandteil der Sozialen Marktwirtschaft erachtete, wird später noch einzugehen sein.

¹⁵ Müller-Armack (1959a), S. 371.

3 Konzeptionelle Schlussfolgerungen aus der neoliberalen Krisendiagnose

3.1 Die neue Symbiose zwischen Staat und Markt

Wie erwähnt, stand am Anfang des neoliberalen Forschungsprogramms die Erklärung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Krisenerscheinungen, von der sich die neoliberalen Theoretiker ein tragfähiges Fundament für die Neuordnung der Wirtschaft und für die Neubestimmung der Staatsaufgaben erhofften. Oberflächlich betrachtet, weist die Gesellschafts- und Kulturkritik, ungeachtet der gebrauchten Begrifflichkeiten, bemerkenswerte Gemeinsamkeiten mit der aktuellen Neoliberalismuskritik auf. Die Kritik an der Entfesselung der Marktkräfte, der Ökonomisierung der Gesellschaft und der Auflösung gewachsener kultureller und regionalen Bindungen und Werte findet in der Kritik von Röpke oder Müller-Armack an der Vermassung, der Säkularisierung, der Idolbildung und der Auflösung tradierter Wertgemeinschaften ihr Pendant. Allerdings werden die Ursachen dafür im Unterschied zur aktuellen Neoliberalismuskritik primär in geistig-moralischen Fehlentwicklungen außerhalb der Ökonomie verortet. Die verschiedenen diagnostischen Verortungen erklären auch die verschiedenen therapeutischen Schlussfolgerungen. Da die Krisenursachen von den neoliberalen Ökonomen den geistig-moralischen Fehlentwicklungen zugeordnet werden, stellen sie die Marktwirtschaft und d. h. die arbeitsteilig und privatwirtschaftlich organisierte Tauschwirtschaft als vergleichsweise produktivste Wirtschaftsordnung nicht in Frage. Die ökonomischen Krisenursachen werden verfehlten wirtschaftspolitischen Konzeptionen zugeschrieben. Sowohl die Wirtschaftspolitik des Laissez-Faire als auch die staatsinterventionistische Wirtschaftspolitik der Experimente werden für die Vermachtung der Märkte und die Entmachtung des Staates durch die organisierten Interessenverbände verantwortlich gemacht. Deshalb drängte sich die wettbewerblich bewusst geordnete Marktwirtschaft als wirtschaftspolitisches Leitbild für die Neugestaltung der Wirtschaft und indirekt der Politik auf. Die zentrale Einsicht der liberalen Neubesinnung hat Röpke mit der Feststellung auf den Punkt gebracht, dass die Freiheit der Märkte „... einer umfassenden Politik bedarf, die das Feld der wirtschaftlichen Freiheit wie ein Spielfeld streng absteckt, ihre Bedingungen – sozusagen die Spielregeln – sorgfältig bestimmt und mit unparteiischer Strenge für die Respektierung dieses Rahmens der Marktwirtschaft (des Spielfeldes wie der Spielregeln) sorgt. Freiheit und Bindung werden derart zu einer Synthese verbunden...“.¹⁶ Diese Synthese setze einen starken und unabhängigen Staat voraus und könne nur dann gelingen, wenn sich der Staat auf seine ureigenen Aufgaben konzentriere. „Der Staat soll sich auf die Rolle des Spielleiters und Schiedsrichters

¹⁶ Vgl. Röpke (1950), S. 142.

beschränken und hier volle Autorität genießen, aber er soll nicht gleichzeitig Fußball spielen.“¹⁷ Die Diagnose der Gesellschafts- und Wirtschaftskrise und die darauf gegründete Reformkonzeption kulminiert in dem Postulat, dass eine produktive und leistungsgerechte Marktwirtschaft einen festen und bewusst gesetzten „politisch-rechtlich-moralisch-institutionellen Rahmen“ erfordert.¹⁸ Die konkreten Empfehlungen für die Ausgestaltung dieses Rahmens seitens der führenden neoliberalen Theoretiker differieren in ihren Details, auf die hier nicht eingegangen werden kann.

3.2 Das Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft

Die konzeptionellen Schlussfolgerungen fließen im Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft zusammen, wie es unter der Federführung von Müller-Armack formuliert worden ist. Er definiert dieses Leitbild als Verbindung der Freiheit auf dem Markt mit dem sozialen Ausgleich. Freiheit auf dem Markt steht für elementare Menschen- und Freiheitsrechte. Sie umfassen die Vereinigungs-, Konsum-, Berufs- und Gewerbe-, Niederlassungs-, Außenhandels- und Reisefreiheit. Diese Freiheitsrechte sind am besten im Rahmen einer Marktwirtschaft gewährleistet, in der Menschen in ihrer Rolle als Konsumenten oder Produzenten über ihre Präferenzen, Fähigkeiten und Interessen autonom entscheiden und wechselseitig abstimmen können. Die Rückseite des Strebens nach Freiheit war und ist das Streben nach wirtschaftlicher Macht, damit nach leistungslosen Sondervorteilen und Einkommen zu Lasten der schwächeren Markt- und Tauschpartner. Deshalb erhält die Sicherung einer Wettbewerbsordnung absolute Priorität. Die dafür erforderlichen Maßnahmen hat Eucken in seinem Buch „Grundsätze der Wirtschaftspolitik“ mit den konstituierenden Prinzipien einer Wettbewerbsordnung in aller Klarheit formuliert. Den Kern der Wettbewerbsordnung sieht er in der Schaffung und Sicherung eines funktionsfähigen Preissystems, das die relativen Güterknappheiten den Millionen von Wirtschaftsakteuren möglichst unverzerrt signalisiert und das für eine leistungsgerechte Allokation und Verteilung der Güter und Einkommen sorgt. Dazu hat der Staat die gesetzlichen Grundlagen zum Schutz des Wettbewerbs und zur Verhinderung oder Kontrolle von Monopolstellungen zu schaffen und unparteiisch zu verwalten. Dieses Grundpostulat ist durch eine Reihe weiterer ordnungspolitischer Prinzipien abzusichern. Dazu gehört das Primat der Währungspolitik, wonach durch die Schaffung einer unabhängigen Geldverfassung die Stabilität des Geldwertes gesichert und die mit Inflation oder Deflation verbundenen Fehllenkungen der Güter und Geldvermögen verhindert werden sollen. Ähnlich dominant und aktuell ist das Prinzip der offenen Märkte, das gegen die Abschottung vor Konkurrenz durch Zölle, Protektionismus oder einheimischer Regulierung gerichtet ist. Auch das Postulat des Privateigentums an Produktionsmitteln erfährt seine Legitimation im Rahmen einer Wettbewerbsordnung. Es gewährleistet den effizienten Einsatz von Kapital, bietet es doch die materiell-rechtliche Grundlage für die

¹⁷ Ebenda, S. 142.

¹⁸ Ebenda, S. 143.

Kreditwürdigkeit. Es bedarf jedoch der Kontrolle durch die Konkurrenz und der Ergänzung durch die Prinzipien der Vertragsfreiheit und insbesondere der unbeschränkten Haftung für die individuellen und stets riskanten Entscheidungsfolgen. Die Vertragsfreiheit ist rechtlich zu untersagen, sofern sie im Wege kollektiver Vereinbarungen zur Beschränkung des Wettbewerbs missbraucht wird. Schließlich wird von Eucken das Prinzip der Konstanz und Vorhersehbarkeit der Wirtschaftspolitik eingefordert, um die unvermeidbaren Risiken privater und insbesondere längerfristig ausgerichteten Entscheidungen nicht zusätzlich zu erhöhen.

Die zeitüberdauernde Relevanz der ordnungspolitischen Prinzipien und insbesondere des Prinzips der wettbewerbskonformen Verwendung der Vertragsfreiheit und der Vermeidung von Haftungsbeschränkungen ist in der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise deutlich geworden. Es besteht weitgehend Konsens, dass an deren Anfang die in den USA sozialpolitisch gewollte Förderung des Immobilienerwerbs und die damit verbundene Forderung an die Banken stehen, vergünstigte Kredite bevorzugt an sozial schwache Personen zu vergeben, sowie damit verbunden die Aufweichung von Verschuldungsgrenzen für die Kreditvergabe und den Handel von hochriskanten, vermeintlich verbrieften Finanzinnovationen und nicht zuletzt die laxe Geldpolitik der amerikanischen Notenbank. Dadurch und durch Auslagerung der riskanten Verbriefungen auf Zweckgesellschaften konnten sich die Banken und speziell die Investmentbanken relativ einfach der Haftung entziehen. Die überzogene Deregulierung des Banken- und Finanzsektors begünstigte die schleichende Erosion des Haftungsprinzips und als dessen Kehrseite die Ausbreitung des Prinzips der Fremdschädigung, also der persönlichen Bereicherung zu Lasten anderer Personen und Organisationen.¹⁹ Diese Entwicklung erfolgte im Widerspruch zu den elementaren neoliberalen Prinzipien der Wettbewerbsordnung.

Zur wettbewerbslich geordneten Marktwirtschaft gehört das nicht minder wichtige Postulat des sozialen Ausgleichs. Dieses Postulat meint bei Müller-Armack eine in neutraler Diktion formulierte Konzession an die Werte der sozialen Gerechtigkeit und Sicherheit, die sich im Denken der deutschen Bevölkerung seit jeher und gerade in den schwierigen Jahren der Nachkriegszeit einer hohen Wertschätzung erfreuten und bis heute erfreuen. Die Betonung der sozialen Komponente der Marktwirtschaft hat bei Müller-Armack eine doppelte Bedeutung und Intention. Sie steht erstens für die Einsicht, dass die Ergebnisse der Marktprozesse zugunsten sozial schwacher und bedürftiger Personengruppen durch staatlich organisierte Sicherungs- und Umverteilungsmaßnahmen zu korrigieren sind. Sie intendiert zweitens eine Versöhnung verschiedener und teils konfligierender Wertvorstellungen im Sinne einer sozialen Irenik. Müller-Armack ging es also in letzter Instanz um die Versöhnung der liberalen Postulate der Freiheit und Gleichheit mit den von den christlichen Soziallehren und dem demokratischen Sozialismus eingeforderten Werten der Solidarität und der sozialen Gerechtigkeit. Diese Versöhnung soll die gesellschaftliche Akzeptanz einer wettbewerbslich und sozial organisierten Marktwirtschaft befördern. Aufgrund der profunden Diagnose der Gesellschafts- und

¹⁹ Vgl. dazu die Diagnose der Fehlentwicklungen aus juristischer Sicht von P. Kirchhof (2009).

Wirtschaftskrise kam er zu der Einsicht, dass die Wettbewerbswirtschaft per se nicht imstande sei, „...die Gesellschaft als Ganzes zu integrieren, gemeinsame Haltungen und Gesinnungen, gemeinsame Wertnormen zu setzen, ohne die eine Gesellschaft nicht zu existieren vermag.“²⁰ Die Marktwirtschaft sei deshalb durch eine aktive staatliche Gesellschafts- und Sozialpolitik zu ergänzen.

Demgemäß umfasst die Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft einen weiteren gesellschaftspolitischen und einen engeren sozialpolitischen Bereich von Maßnahmen. Die Aufgaben der Gesellschaftspolitik werden nur vage definiert. Nach Müller-Armack²¹ geht es um die Eingliederung der Wirtschaft in einen ganzheitlichen Lebensstil, womit die Forderung gemeint ist, geistig-moralische Werte zu vereinheitlichen und zu festigen. An anderer Stelle ist die Rede von der Wiederverwurzelung und Regeneration bewährter geistig-moralischer Werte. Röpke forderte eine widergelagerte Gesellschaftspolitik, deren Hauptaufgabe es sei, die destruktive Dynamik der Vermassung und der Marktkonkurrenz einzuhegen.²² Das Pendant dazu ist bei Rüstow die Forderung nach einer Vitalpolitik, deren Aufgabe es sei, die gesamten Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern.²³ Versucht man, die Maßnahmen der Gesellschaftspolitik zu systematisieren, so schälen sich zwei Schwerpunkte heraus: erstens das Bemühen, mittels Aufklärung, Überzeugung und Diskurs, also mittels geistig-intellektueller Anstrengungen die Verwurzelung und Akzeptanz moralischer Werte anzustreben. Zweitens hat der Staat dieses Bemühen durch die Initiierung konkreter Gemeinschaftsprojekte zu befördern, was letztlich auf eine breiter verstandene Sozialpolitik hinausläuft, die zur Entfaltung natürlicher Gemeinschaften, also der Familien, Kommunen, Vereine, Kirchen und der Bildungseinrichtungen als den ursprünglichen moralstiftenden Kräften, beiträgt.

Vergleichsweise zur den gesellschaftspolitischen Postulaten sind die sozialpolitischen Gestaltungsmaßnahmen und Prinzipien bei Müller-Armack konkreter formuliert worden. Eingefordert werden die aktive Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik, die Umverteilungspolitik zur Reduzierung der Einkommens- und Vermögensunterschiede durch progressiv gestaltete Steuersätze, die staatliche Organisation der sozialen Sicherungssysteme, also der Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung, die Schaffung einer sozialen Betriebs- und Unternehmensordnung durch Stärkung der Arbeitnehmerrechte und die Sozialhilfe zugunsten schwacher und bedürftiger Schichten und Personen, schließlich Vorschläge für eine aktive staatliche Regional-, Umwelt- und Wohnungsbaupolitik. Der nur unvollständig angeführte Katalog sozialpolitischer Maßnahmen ist kein Plädoyer für den umfassenden Sozialstaat. Für dessen Begrenzung soll die Orientierung der Sozialpolitik an zwei ordnungspolitischen Prinzipien sorgen: erstens am Prinzip der Marktkonformität staatlicher Maßnahmen und zweitens am Subsidiaritätsprinzip. Sozialstaatliche Korrekturen der Marktergebnisse genügen dann dem Prinzip

²⁰ Müller-Armack (1966a), S. 235.

²¹ Ebenda, S. 237.

²² Röpke (1943).

²³ Rüstow (1963a).